

Ausgabe
in deutscher Sprache

Rechtsvorschriften

Inhalt

I *Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte*

.....

II *Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte*

Rat

81/419/EWG:

- ★ Entscheidung des Rates vom 19. Mai 1981 zur Genehmigung der Verlängerung oder der stillschweigenden Verlängerung bestimmter, zwischen Mitgliedstaaten und dritten Ländern geschlossener Handelsabkommen 1

81/420/EWG:

- Beschluß des Rates vom 19. Mai 1981 über den Abschluß des Protokolls über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Verschmutzung des Mittelmeers durch Öl und andere Schadstoffe in Notfällen 4

- ★ Protokoll über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Verschmutzung des Mittelmeers durch Öl und andere Schadstoffe in Notfällen 14

II

(Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

RAT

ENTSCHEIDUNG DES RATES

vom 19. Mai 1981

zur Genehmigung der Verlängerung oder der stillschweigenden Verlängerung bestimmter,
zwischen Mitgliedstaaten und dritten Ländern geschlossener Handelsabkommen

(81/419/EWG)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 113,

gestützt auf die Entscheidung 69/494/EWG des Rates vom 16. Dezember 1969 über die schrittweise Vereinheitlichung der Abkommen über die Handelsbeziehungen zwischen den Mitgliedstaaten und dritten Ländern und über die Aushandlung der gemeinschaftlichen Abkommen ⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 3,

auf Vorschlag der Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Für die im Anhang aufgeführten Abkommen und Protokolle wurde die Verlängerung oder die stillschweigende Verlängerung über die Übergangszeit hinaus vom Rat zuletzt mit der Entscheidung 80/379/EWG ⁽²⁾ genehmigt.

Die betreffenden Mitgliedstaaten haben erneut die Genehmigung zur Verlängerung oder der stillschweigenden Verlängerung dieser Abkommen beantragt, um jede Unterbrechung in ihren vertraglichen Handelsbeziehungen mit den betreffenden dritten Ländern zu vermeiden.

Es handelt sich lediglich um die Genehmigung zur Aufrechterhaltung dieser vertraglichen Handelsbeziehungen bis zu ihrer Ablösung durch Gemeinschaftsabkommen; diese Genehmigung berührt daher nicht die Verpflichtung für die Mitgliedstaaten, jede Unvereinbarkeit zwischen den betreffenden Abkommen und den Bestimmungen des Gemeinschaftsrechts zu vermeiden und gegebenenfalls zu beseitigen.

Der Inhalt der zu verlängernden oder stillschweigend zu verlängernden Abkommen darf im übrigen während des betreffenden Zeitraums kein Hindernis für die Durchführung der gemeinsamen Handelspolitik bilden.

Die betreffenden Mitgliedstaaten haben erklärt, daß die Verlängerung oder die stillschweigende Verlängerung dieser Abkommen weder ein Hindernis für die Einleitung von Verhandlungen der Gemeinschaft mit den betreffenden dritten Ländern und der Übernahme der handelspolitischen Fragenbereichen dieser Abkommen in Gemeinschaftsabkommen sei, noch während des betreffenden Zeitraums den Erlaß der Maßnahmen behindern könne, die zur völligen Vereinheitlichung der Einfuhrregelungen der Mitgliedstaaten erforderlich seien.

Bei Abschluß der in Artikel 2 der Entscheidung 69/494/EWG vorgesehenen Konsultation ist festgestellt worden, daß der Inhalt der zu verlängernden oder stillschweigend zu verlängernden Abkommen während des betreffenden Zeitraums kein Hindernis für die Durchführung der Gemeinsamen Handelspolitik darstellt; diese Feststellung wird durch die vorgenannten Erklärungen der betreffenden Mitgliedstaaten bestätigt.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 326 vom 29. 12. 1969, S. 39.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 93 vom 10. 4. 1980, S. 26.

Daher können diese Abkommen für einen begrenzten Zeitraum verlängert oder stillschweigend verlängert werden —

Artikel 2

Diese Entscheidung ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

Geschehen zu Brüssel am 19. Mai 1981.

Artikel 1

Die im Anhang aufgeführten Handelsabkommen zwischen Mitgliedstaaten und dritten Ländern können bis zu dem dort jeweils angegebenen Termin verlängert oder stillschweigend verlängert werden.

Im Namen des Rates

Der Präsident

D. F. van der MEI

BILAG – ANHANG – ΠΑΡΑΡΤΗΜΑ – ANNEX – ANNEXE – ALLEGATO – BIJLAGE

Medlemsstat	Tredjeland	Aftalens art og datering		Udløb efter forlængelse eller stiltiende videreførelse
Mitgliedstaat	Drittland	Art und Datum des Abkommens		Ablauf nach Verlängerung oder stillschweigender Verlängerung
Κράτος Μέλος	Τρίτη χώρα	Φύση και ημερομηνία της συμφωνίας		Ημερομηνία λήξεως κατόπιν της παράτασης ή της σιωπηρής ανανέωσης
Member State	Third country	Type and date of Agreement		Prolonged or tacitly renewed until
État membre	Pays tiers	Nature et date de l'accord		Échéance après prorogation ou tacite reconduction
Stato membro	Paese terzo	Natura e data dell'accordo		Scadenza dopo la proroga o il tacito rinnovo
Lid-Staat	Derde land	Aard en datum van het akkoord		Vervaldatum na al dan niet stilzwijgende verlenging
BENELUX	Israël	Accord commercial	29. 8. 1958	31. 8. 1982
	Portugal	Accord commercial	24. 5. 1961	30. 9. 1982
	Philippines	Accord commercial	14. 3. 1967	11. 10. 1982
IRELAND	Portugal	Trade Agreement	6. 2. 1952	31. 12. 1982
	Spain	Trade Agreement	19. 12. 1951	31. 12. 1982
	Switzerland	Trade Agreement	26. 12. 1951	31. 12. 1982
ITALIA	Cuba	Scambio di note	9. 9. 1950	8. 9. 1982
	India	Accordo commerciale e scambio di lettere	6. 10. 1959	30. 6. 1982
			7. 7. 1964	
	Libano	Accordo commerciale	4. 11. 1955	10. 9. 1982
	Svezia	Accordo commerciale	18. 12. 1961	31. 10. 1982
	Svizzera	Accordo commerciale	21. 10. 1950	31. 10. 1982
Yemen	Protocollo addizionale (al trattato d'amicizia e di relazioni economiche del 4. 9. 1937)	5. 10. 1959	31. 12. 1982	
DANMARK	Cameroun	Handelsaftale	8. 10. 1962	7. 10. 1982
DEUTSCHLAND	Ekuador	Handelsabkommen	1. 8. 1953	15. 10. 1982
	Kolumbien	Handelsabkommen	9. 11. 1957	10. 11. 1982
UEBL	Mexique	Accord commercial	11. 9. 1950	11. 9. 1982
UNITED KINGDOM	Haiti	Exchange of letters for the establishment of a commercial 'Modus vivendi'	25. 2. 1928	31. 12. 1982
	Iceland	Agreement relating to trade and commerce (with Protocol)	19. 5. 1933	31. 12. 1982
	Norway	Trade Agreement	15. 12. 1950	31. 12. 1982
GRÈCE (ΕΛΛΑΣ)	Brésil	Accord commercial	2. 7. 1976	2. 7. 1982
	Espagne	Accord commercial	23. 6. 1966	23. 6. 1982
	Éthiopie	Accord commercial	22. 6. 1959	22. 6. 1982
	Finlande	Accord commercial	24. 5. 1971	24. 5. 1982
	Liban	Accord commercial	2. 5. 1961	2. 5. 1982
	Liberia	Accord commercial	29. 6. 1973	29. 6. 1982
	Libye	Accord commercial	23. 5. 1960	23. 5. 1982
	Mexique	Accord commercial	20. 6. 1964	20. 6. 1982
	Iraq	Accord commercial	1. 5. 1964	1. 5. 1982
	Suède	Accord commercial	25. 6. 1948	25. 6. 1982

BESCHLUSS DES RATES

vom 19. Mai 1981

über den Abschluß des Protokolls über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Verschmutzung des Mittelmeers durch Öl und andere Schadstoffe in Notfällen

(80/420/EWG)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 235,

auf Vorschlag der Kommission,

nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments ⁽¹⁾,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Der Europäische Rat hat auf seiner Tagung vom 7. und 8. April 1978 in Kopenhagen die Auffassung vertreten, daß die Gemeinschaft die Verhütung und Bekämpfung der Meeresverschmutzung, insbesondere durch Öl, zu einem wichtigen Ziel ihrer Aktion machen sollte; er hat den Rat, der auf Vorschlag der Kommission tätig wurde, und die Mitgliedstaaten ersucht, im Rahmen der Gemeinschaft unverzüglich entsprechende Maßnahmen zu treffen und in den zuständigen internationalen Gremien einen gemeinsamen Standpunkt zu vertreten, und zwar insbesondere in bezug auf die Suche nach wirksamen Maßnahmen zur Bekämpfung der Verschmutzung und die Durchführung dieser Maßnahmen.

Die Aktionsprogramme der Europäischen Gemeinschaften für den Umweltschutz ⁽²⁾ heben die Bedeutung hervor, die der Bekämpfung der Verschmutzung des Meeres im allgemeinen für die Gemeinschaft zukommt, und sehen unter anderem Aktionen der Gemeinschaft zur Bekämpfung der Verschmutzung infolge des Transports und der Schifffahrt vor; ferner wird in diesen Programmen der Schutz des Meerwassers mit dem Ziel der Aufrechterhaltung des lebensnotwendigen ökologischen Gleichgewichts als eine vorrangige Aufgabe dargestellt.

Das Übereinkommen von Barcelona zum Schutz des Mittelmeers vor Verschmutzung vom 16. Februar 1976 sieht insbesondere geeignete Maßnahmen vor, um die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Verschmutzung dieses Meeres durch Öl und andere Schadstoffe in Notfällen zu gewährleisten.

Nach Artikel 24 des Übereinkommens von Barcelona stehen dieses Übereinkommen sowie die einschlägigen Protokolle der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zur Unterzeichnung offen. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft hat bereits das Übereinkommen sowie das Protokoll zur Verhütung der Verschmutzung des Mittelmeers durch das Einbringen durch Schiffe und Luftfahrzeuge geschlossen.

Das Protokoll über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Verschmutzung des Mittelmeers durch Öl und andere Schadstoffe in Notfällen sieht die Zusammenarbeit der Vertragsparteien bei der Ausarbeitung von Einsatzplänen für Notfälle, die Förderung des Einsatzes von Mitteln zur Bekämpfung der Meeresverschmutzung durch Öl, die Verbreitung von Informationen über die Organisation der Mittel und neuen Methoden zur Verhütung und Bekämpfung der Verschmutzung sowie die Ausarbeitung einschlägiger Forschungsprogramme vor.

Der Beitritt der Gemeinschaft zum vorgenannten Protokoll gemäß Artikel 26 des Übereinkommens von Barcelona erscheint notwendig, um im Rahmen des Funktionierens des Gemeinsamen Marktes eines der Ziele der Gemeinschaft auf dem Gebiet des Umweltschutzes und der Lebensqualität zu verwirklichen. Entsprechende Aktionsbefugnisse sind im Vertrag nicht vorgesehen.

Um an dem Informationsaustausch und der gemeinsamen Forschung teilzunehmen und so das obengenannte Ziel zu erreichen, muß die Gemeinschaft dem Protokoll beitreten, und zwar neben den Mitgliedstaaten und unbeschadet deren bisherigen Rolle im Übereinkommen von Barcelona. Künftigen Rechtsakten der Gemeinschaft wird hierdurch nicht vorgegriffen.

Das Protokoll sieht Informationsaustausch, gemeinsame Forschung und Zusammenarbeit auf See vor; ihrer Art nach handelt es sich nicht um gemeinsame Regelungen, die durch Übereinkünfte berührt werden könnten, welche die Mitgliedstaaten in diesem Bereich möglicherweise zu schließen wünschten —

⁽¹⁾ ABl. Nr. C 28 vom 9. 2. 1981, S. 55.

⁽²⁾ ABl. Nr. C 112 vom 20. 12. 1973, S. 1, und Nr. C 139 vom 13. 6. 1977, S. 1.

BESCHLIESST:

Artikel 2

Der Präsident des Rates nimmt die in Artikel 26 des Übereinkommens von Barcelona vorgesehene Hinterlegung der Beitrittsurkunde vor.

Artikel 1

Das Protokoll über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Verschmutzung des Mittelmeers durch Öl und andere Schadstoffe in Notfällen wird im Namen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft genehmigt.

Geschehen zu Brüssel am 19. Mai 1981.

Der Wortlaut des Protokolls ist diesem Beschluß beigelegt.

Im Namen des Rates

Der Präsident

D. F. van der MEI

PROTOCOL

concerning cooperation in combating pollution of the Mediterranean Sea by oil and other harmful substances in cases of emergency

THE CONTRACTING PARTIES TO THE PRESENT PROTOCOL,

BEING PARTIES to the Convention for the Protection of the Mediterranean Sea against Pollution,

RECOGNIZING that grave pollution of the sea by oil and other harmful substances in the Mediterranean Sea area involves a danger for the coastal States and the marine ecosystem,

CONSIDERING that the cooperation of all the coastal States of the Mediterranean is called for to combat this pollution,

BEARING IN MIND the International Convention for the Prevention of Pollution from Ships, 1973, the International Convention relating to Intervention on the High Seas in Cases of Oil Pollution Casualties, 1969, as well as the Protocol relating to Intervention on the High Seas in Cases of Marine Pollution by Substances Other than Oil, 1973,

FURTHER TAKING INTO ACCOUNT the International Convention on Civil Liability for Oil Pollution Damage, 1969,

HAVE AGREED AS FOLLOWS:

Article 1

The Contracting Parties to this Protocol (hereinafter referred to as 'the Parties') shall cooperate in taking the necessary measures in cases of grave and imminent danger to the marine environment, the coast or related interests of one or more of the Parties due to the presence of massive quantities of oil or other harmful substances resulting from accidental causes or an accumulation of small discharges which are polluting or threatening to pollute the sea within the area defined in Article 1 of the Convention for the Protection of the Mediterranean Sea against Pollution (hereinafter referred to as 'the Convention').

Article 2

For the purpose of this Protocol, the term 'related interests' means the interests of a coastal State directly affected or threatened and concerning, among others:

- (a) activities in coastal waters, in ports or estuaries, including fishing activities;
- (b) the historical and tourist appeal of the area in question, including water sports and recreation;
- (c) the health of the coastal population;
- (d) the preservation of living resources.

Article 3

The Parties shall endeavour to maintain and promote, either individually or through bilateral or multilateral cooperation, their contingency plans and means for combating pollution of the sea by oil and other harmful substances. These means shall include, in particular, equipment, ships, aircraft and manpower prepared for operations in cases of emergency.

Article 4

The Parties shall develop and apply, either individually or through bilateral or multilateral cooperation, monitoring activities covering the Mediterranean Sea area in order to have as precise information as possible on the situations referred to in Article 1 of this Protocol.

Article 5

In the case of release or loss overboard of harmful substances in packages, freight containers, portable tanks or road and rail tank wagons, the Parties shall cooperate as far as practicable in the salvage and recovery of such substances so as to reduce the danger of pollution of the marine environment.

Article 6

1. Each Party undertakes to disseminate to the other Parties information concerning:

- (a) the competent national organization or authorities responsible for combating pollution of the sea by oil and other harmful substances;
- (b) the competent national authorities responsible for receiving reports of pollution of the sea by oil and other harmful substances and for dealing with matters concerning measures of assistance between Parties;
- (c) new ways in which pollution of the sea by oil and other harmful substances may be avoided, new measures of combating pollution and the development of related research programmes.

2. Parties which have agreed to exchange information directly between themselves shall nevertheless communicate such information to the regional centre. The latter shall communicate this information to the other Parties and, on a basis of reciprocity, to coastal States of the Mediterranean Sea area which are not Parties to this Protocol.

Article 7

The Parties undertake to coordinate the utilization of the means of communication at their disposal in order to ensure, with the necessary speed and reliability, the reception, transmission and dissemination of all reports and urgent information which relate to the occurrences and situations referred to in Article 1. The regional centre shall have the necessary means of communication to enable it to participate in this coordinated effort and, in particular, to fulfil the functions assigned to it by paragraph 2 of Article 10.

Article 8

1. Each Party shall issue instructions to the masters of ships flying its flag and to the pilots of aircraft registered in its territory requiring them to report by the most rapid and adequate channels in the circumstances, and in accordance with Annex I to this Protocol, either to a Party or to the regional centre:

- (a) all accidents causing or likely to cause pollution of the sea by oil or other harmful substances;

- (b) the presence, characteristics and extent of spillages of oil or other harmful substances observed at sea which are likely to present a serious and imminent threat to the marine environment or to the coast or related interests of one or more of the Parties.

2. The information collected in accordance with paragraph 1 shall be communicated to the other Parties likely to be affected by the pollution:

- (a) by the Party which has received the information, either directly or preferably, through the regional centre; or
- (b) by the regional centre.

In case of direct communication between Parties, the regional centre shall be informed of the measures taken by these Parties.

3. In consequence of the application of the provisions of paragraph 2, the Parties are not bound by the obligation laid down in Article 9, paragraph 2, of the Convention.

Article 9

1. Any Party faced with a situation of the kind defined in Article 1 of this Protocol shall:

- (a) make the necessary assessments of the nature and extent of the casualty or emergency or, as the case may be, of the type and approximate quantity of oil or other harmful substances and the direction and speed of drift of the spillage;
- (b) take every practicable, measure to avoid or reduce the effects of pollution;
- (c) immediately inform all other Parties, either directly or through the regional centre, of these assessments and of any action which it has taken or which it intends to take to combat the pollution;
- (d) continue to observe the situation for as long as possible and report thereon in accordance with Article 8.

2. Where action is taken to combat pollution originating from a ship, all possible measures shall be taken to safeguard the persons present on board and, to the extent possible, the ship itself. Any Party which

takes such action shall inform the Inter-Governmental Maritime Consultative Organization.

Article 10

1. Any Party requiring assistance for combating pollution by oil or other harmful substances polluting or threatening to pollute its coasts may call for assistance from other Parties, either directly or through the regional centre referred to in Article 6, starting with the Parties which appear likely to be affected by the pollution. This assistance may comprise, in particular, expert advice and the supply to, or placing at the disposal of, the Party concerned of products, equipment and nautical facilities. Parties so requested shall use their best endeavours to render this assistance.

2. Where the Parties engaged in an operation to combat pollution cannot agree on the organization of the operation, the regional centre may, with their approval, coordinate the activity of the facilities put into operation by these Parties.

Article 11

The application of the relevant provisions of Articles 6, 7, 8, 9 and 10 of this Protocol relating to the regional centre shall be extended, as appropriate, to sub-regional centres in the event of their establishment, taking into account their objectives and functions and their relationship with the said regional centre.

In witness whereof the undersigned, being duly authorized by their respective Governments, have signed this Protocol.

Done at Barcelona on 16 February 1976 in a single copy in the Arabic, English, French and Spanish languages, the four texts being equally authoritative.

Article 12

1. Ordinary meetings of the Parties to this Protocol shall be held in conjunction with ordinary meetings of the Contracting Parties to the Convention, held pursuant to Article 14 of the Convention. The Parties to this Protocol may also hold extraordinary meetings as provided in Article 14 of the Convention.

2. It shall be the function of the meetings of the Parties to this Protocol, in particular:

- (a) to keep under review the implementation of this Protocol, and to consider the efficacy of the measures adopted and the need for any other measures, in particular in the form of Annexes;
- (b) to review and amend as required any Annex to this Protocol;
- (c) To discharge such other functions as may be appropriate for implementation of this Protocol.

Article 13

1. The provisions of the Convention relating to any Protocol shall apply with respect to the present Protocol.

2. The rules of procedure and the financial rules adopted pursuant to Article 18 of the Convention shall apply with respect to this Protocol, unless the Parties to this Protocol agree otherwise.

ANNEX

Contents of the report to be made pursuant to Article 8 to this Protocol

1. Each report shall, as far as possible, contain, in general:
 - (a) the identification of the source of pollution (identity of the ship, where appropriate);
 - (b) the geographic position, time and date of the occurrence of the incident or of the observation;
 - (c) the wind and sea conditions prevailing in the area;
 - (d) where the pollution originates from a ship, relevant details respecting the conditions of the ship.
 2. Each report shall contain, whenever possible, in particular:
 - (a) a clear indication or description of the harmful substances involved, including the correct technical names of such substances (trade names should not be used in place of the correct technical names);
 - (b) a statement or estimate of the quantities, concentrations and likely conditions of harmful substances discharged or likely to be discharged into the sea;
 - (c) where relevant, a description of the packaging and identifying marks; and
 - (d) the name of the consignor, consignee or manufacturer.
 3. Each report shall clearly indicate, whenever possible, whether the harmful substances discharged or likely to be discharged is oil or a noxious liquid, solid or gaseous substance and whether such substance was or is carried in bulk or contained in packaged form, freight containers, portable tanks, or road and rail tank wagons.
 4. Each report shall be supplemented, as necessary, by any relevant information requested by a recipient of the report or deemed appropriate by the person sending the report.
 5. Any of the persons referred to in Article 8, paragraph 1, of this Protocol shall:
 - (a) supplement, as far as possible, the initial report, as necessary, with information concerning further developments; and
 - (b) comply as fully as possible with requests from affected States for additional information.
-

PROTOCOLE

relatif à la coopération en matière de lutte contre la pollution de la mer Méditerranée par les hydrocarbures et autres substances nuisibles en cas de situation critique

LES PARTIES CONTRACTANTES AU PRÉSENT PROTOCOLE,

ÉTANT PARTIES à la convention pour la protection de la mer Méditerranée contre la pollution,

RECONNAISSANT qu'une pollution grave des eaux de la zone de la mer Méditerranée par les hydrocarbures et autres substances nuisibles peut créer un danger pour les États riverains et les écosystèmes marins,

ESTIMANT que la lutte contre cette pollution appelle la coopération de tous les États riverains de la Méditerranée,

AYANT À L'ESPRIT la convention internationale de 1973 pour la prévention de la pollution par les navires, la convention internationale de 1969 sur l'intervention en haute mer en cas d'accident entraînant ou pouvant entraîner une pollution par les hydrocarbures, ainsi que le protocole de 1973 sur l'intervention en haute mer en cas de pollution par des substances autres que des hydrocarbures,

TENANT COMPTE ÉGALEMENT de la convention internationale de 1969 sur la responsabilité civile pour les dommages dus à la pollution par les hydrocarbures,

SON CONVENUES DE CE QUI SUIT :

Article premier

Les parties contractantes au présent protocole (ci-après dénommées « les parties ») coopèrent pour prendre les dispositions nécessaires au cas où la présence massive, d'origine accidentelle ou résultant d'un effet cumulatif, d'hydrocarbures ou d'autres substances nuisibles polluant ou risquant de polluer les eaux de la zone définie à l'article 1^{er} de la convention pour la protection de la mer Méditerranée contre la pollution (ci-après dénommée « la convention »), constitue un danger grave et imminent pour le milieu marin, les côtes ou les intérêts connexes d'une ou plusieurs parties.

Article 2

Aux fins du présent protocole, l'expression « intérêts connexes » s'entend des intérêts d'un État riverain directement affecté ou menacé et qui ont trait, entre autres :

- a) aux activités maritimes côtières, portuaires ou d'estuaires, y compris les activités des pêcheries ;
- b) à l'attrait historique et touristique, y compris les sports aquatiques et autres activités récréatives, de la région considérée ;
- c) à la santé des populations côtières ;
- d) à la conservation des ressources vivantes.

Article 3

Les parties s'efforcent de maintenir et de promouvoir, soit individuellement, soit en coopération bilatérale ou multilatérale, leurs plans d'urgence et leurs moyens de lutte contre la pollution de la mer par les hydrocarbures et autres substances nuisibles. Ces moyens comprennent notamment les équipements, les navires, les aéronefs et les personnels nécessaires aux opérations en cas de situation critique.

Article 4

Les parties développent et mettent en œuvre, soit individuellement, soit en coopération bilatérale ou multilatérale, une surveillance active de la zone de la mer Méditerranée afin d'avoir une connaissance aussi précise que possible des faits définis à l'article 1^{er} du présent protocole.

Article 5

En cas de jet ou de chute à la mer de substances nuisibles en colis, conteneurs, citernes mobiles, camions-citernes ou wagons citernes, les parties s'engagent à coopérer dans la mesure du possible à leur sauvetage et à leur récupération de manière à réduire les risques de pollution du milieu marin.

Article 6

1. Chaque partie s'engage à diffuser aux autres parties des informations concernant :

- a) l'organisation nationale ou les autorités nationales compétentes en matière de lutte contre la pollution de la mer par les hydrocarbures et autres substances nuisibles ;
- b) les autorités nationales compétentes chargées de recevoir les informations concernant la pollution de la mer par les hydrocarbures et autres substances nuisibles et de traiter des affaires d'assistance entre les parties ;
- c) les méthodes nouvelles en matière de prévention de la pollution de la mer par les hydrocarbures et autres substances nuisibles, les procédés nouveaux pour combattre la pollution, et le développement de programmes de recherches y afférents.

2. Les parties qui, le cas échéant, sont convenues d'échanger directement entre elles ces informations sont néanmoins tenues de les communiquer au centre régional. Ce dernier en assure la communication aux autres parties et, sous réserve de réciprocité, aux États riverains de la zone de la mer Méditerranée qui ne sont pas parties au présent protocole.

Article 7

Les parties s'engagent à coordonner l'utilisation des moyens de communication dont elles disposent pour assurer, avec la fiabilité et la rapidité nécessaires, la réception, la transmission et la diffusion de tous rapports et informations urgentes relatifs aux faits et situations définis à l'article 1^{er}. Le centre régional sera doté des moyens de communication qui lui permettront de participer à cet effort coordonné et, notamment, de remplir les fonctions qui lui sont assignées par le paragraphe 2 de l'article 10.

Article 8

1. Chaque partie fait donner aux capitaines de navires battant son pavillon et aux pilotes d'aéronefs immatriculés sur son territoire des instructions les invitant à signaler à une partie ou au centre régional, par les voies les plus rapides et les plus adéquates compte tenu des circonstances, et conformément à l'annexe I du présent protocole :

- a) tous les accidents causant ou pouvant causer une pollution des eaux de la mer par les hydrocarbures et autres substances nuisibles ;

- b) la présence, les caractéristiques et l'étendue des nappes d'hydrocarbures ou de substances nuisibles repérées en mer et de nature à constituer une menace grave et imminente pour le milieu marin, pour les côtes ou les intérêts connexes d'une ou plusieurs parties.

2. Les informations recueillies conformément au paragraphe 1 sont communiquées aux autres parties susceptibles d'être affectées par la pollution :

- a) soit par la partie ayant reçu ces informations — directement ou, de préférence, par l'intermédiaire du centre ;
- b) soit par le centre régional.

En cas de communication directe entre parties, le centre régional sera informé des dispositions prises par ces parties.

3. En conséquence de l'application des dispositions du paragraphe 2, les parties ne sont pas tenues à l'obligation prévue à l'article 9 paragraphe 2 de la convention.

Article 9

1. Toute partie confrontée à une situation de la nature de celle définie à l'article 1^{er} du présent protocole doit :

- a) faire les évaluations nécessaires concernant la nature et l'importance de l'accident ou de la situation nécessitant des mesures d'urgence ou, le cas échéant, le type et la quantité approximative des hydrocarbures ou autres substances nuisibles, ainsi que la direction et la vitesse de dérive des nappes ;
- b) prendre toutes mesures susceptibles d'éliminer ou de réduire les effets résultant de la pollution ;
- c) informer immédiatement les autres parties, soit directement, soit par l'intermédiaire du centre régional, de ces évaluations et de toute action entreprise ou prévue pour lutter contre la pollution ;
- d) continuer à observer la situation aussi longtemps que possible et faire rapport conformément à l'article 8.

2. En cas d'action pour combattre la pollution provenant d'un navire, toutes les mesures possibles devront être prises pour sauvegarder les personnes présentes à bord et, autant que faire se peut, le navire lui-même. Toute partie qui entreprend une telle action doit en informer l'Organisation

intergouvernementale consultative de la navigation maritime.

Article 10

1. Toute partie ayant besoin d'assistance pour une opération de lutte contre la pollution par les hydrocarbures ou autres substances nuisibles polluant ou menaçant de polluer ses côtes peut demander, soit directement, soit par l'intermédiaire du centre régional visé à l'article 6, le concours d'autres parties, celles qui sont susceptibles d'être également affectées par la pollution étant sollicitées en premier lieu. Ce concours peut comporter notamment des conseils d'experts et la fourniture ou mise à disposition de produits, d'équipement et de moyens nautiques. Les parties ainsi sollicitées font tous les efforts possibles pour apporter leur concours.

2. Si les parties engagées dans l'opération ne peuvent s'entendre sur la conduite même de la lutte, le centre régional peut avec leur accord, coordonner l'activité des moyens mis en œuvre par ces parties.

Article 11

L'application des dispositions pertinentes des articles 6, 7, 8, 9 et 10 du présent protocole concernant le centre régional sera étendue selon qu'il conviendra aux centres sous-régionaux lors de leur création éventuelle, compte tenu de leurs objectifs et fonctions ainsi que de leur relation avec ledit centre régional.

En foi de quoi les soussignés, dûment autorisés par leurs gouvernements respectifs, ont signé le présent protocole.

Fait à Barcelone, le seize février mil neuf cent soixante-seize, en un seul exemplaire en langues anglaise, arabe, espagnole et française, les quatre textes faisant également foi.

Article 12

1. Les réunions ordinaires des parties au présent protocole se tiennent lors des réunions ordinaires des parties contractantes à la convention organisées en application de l'article 14 de ladite convention. Les parties au présent protocole peuvent aussi tenir des réunions extraordinaires conformément à l'article 14 de la convention.

2. Les réunions des parties au présent protocole ont notamment pour objet :

- a) de veiller à l'application du présent protocole et d'examiner l'efficacité des mesures adoptées et l'opportunité de prendre d'autres dispositions, notamment sous la forme d'annexes ;
- b) de réviser et d'amender, le cas échéant, toute annexe au présent protocole ;
- c) de remplir en tant que de besoin toutes autres fonctions en application du présent protocole.

Article 13

1. Les dispositions de la convention se rapportant à tout protocole s'applique à l'égard du présent protocole.

2. Le règlement intérieur et les règles financières adoptés conformément à l'article 18 de la convention s'appliquent à l'égard du présent protocole, à moins que les parties au présent protocole n'en conviennent autrement.

ANNEXE

Contenu du rapport à rédiger en application de l'article 8 du présent protocole

1. Chaque rapport donne si possible, en règle générale :
 - a) l'identification de la source de pollution (éventuellement l'identité du navire) ;
 - b) la position géographique, l'heure et la date de l'événement ou de l'observation ;
 - c) l'état du vent et de la mer dans la zone ;
 - d) les détails pertinents sur l'état du navire si la pollution provient de celui-ci.
2. Chaque rapport donne si possible, en particulier :
 - a) des renseignements détaillés sur la nature des substances nuisibles en cause, y compris leur appellation technique exacte (l'appellation commerciale ne devrait pas être utilisée à la place de l'appellation technique exacte) ;
 - b) la quantité exacte ou approximative, la concentration ainsi que l'état probable des substances nuisibles rejetées ou susceptibles d'être rejetées à la mer ;
 - c) le cas échéant, la description de l'emballage et des marques d'identification ;
 - d) le nom de l'expéditeur, du destinataire ou du fabricant.
3. Dans la mesure du possible, chaque rapport indique clairement si la substance nuisible rejetée ou susceptible d'être rejetée est un hydrocarbure, une substance nocive à l'état liquide, ou solide, ou gazeux, et si cette substance était ou est transportée en vrac ou en colis, dans des conteneurs, des citernes mobiles ou des camions-citernes et wagons-citernes.
4. Chaque rapport doit être complété, s'il y a lieu, par tout autre renseignement pertinent qui est demandé par l'une des personnes auxquelles le rapport est adressé ou que l'auteur du rapport juge approprié.
5. Toute personne visée à l'article 8 paragraphe 1 du présent protocole doit :
 - a) compléter dans la mesure du possible le rapport initial, s'il y a lieu, par des renseignements sur l'évolution de la situation ;
 - b) accéder dans toute la mesure possible aux demandes de renseignements complémentaires émanant des États affectés.

ÜBERSETZUNG

PROTOKOLL

über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Verschmutzung des Mittelmeers durch Öl und andere Schadstoffe in Notfällen

DIE VERTRAGSPARTEIEN DIESES PROTOKOLLS —

ALS VERTRAGSPARTEIEN des Übereinkommens zum Schutz des Mittelmeers vor Verschmutzung,

IN DER ERKENNTNIS, daß eine ernsthafte Verschmutzung der Gewässer des Mittelmeergebiets durch Öl und andere Schadstoffe eine Gefahr für die Anliegerstaaten und die Ökosysteme des Meeres darstellen kann,

IN DER ERWÄGUNG, daß zur Bekämpfung dieser Verschmutzung eine Zusammenarbeit aller Anliegerstaaten des Mittelmeers erforderlich ist,

INGEDENK des internationalen Übereinkommens von 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe, des internationalen Übereinkommens von 1969 über Maßnahmen auf Hoher See bei Ölverschmutzungsunfällen sowie des Protokolls von 1973 über Maßnahmen auf Hoher See im Falle einer Verschmutzung durch andere Stoffe als Öl,

UNTER BERÜCKSICHTIGUNG des internationalen Übereinkommens von 1969 über die zivilrechtliche Haftung bei Ölverschmutzungsschäden —

HABEN FOLGENDES VEREINBART:

Artikel 1

Die Vertragsparteien dieses Protokolls (nachstehend „Vertragsparteien“ genannt) arbeiten zusammen, um die erforderlichen Maßnahmen für den Fall zu ergreifen, daß Öl oder andere Schadstoffe, die die in Artikel 1 des Übereinkommens zum Schutz des Mittelmeers vor Verschmutzung (nachstehend „Übereinkommen“ genannt) bezeichneten Gewässer verschmutzen oder zu verschmutzen drohen, infolge eines Unfalls oder aufgrund einer Akkumulation in erheblichen Mengen auftreten, so daß sie eine ernsthafte und unmittelbare Gefahr für die Meeresumwelt, die Küsten oder die damit zusammenhängenden Interessen einer oder mehrerer Vertragsparteien bilden.

Artikel 2

Im Sinne dieses Protokolls bedeutet der Ausdruck „damit zusammenhängende Interessen“ die Interessen eines direkt betroffenen oder bedrohten Anliegerstaats, die sich unter anderem auf folgendes beziehen:

- a) die Tätigkeiten zu Wasser an Küsten, in Häfen oder Flußmündungen, einschließlich der Fischerei;
- b) die historische und touristische Anziehungskraft des betreffenden Gebietes, einschließlich der Wassersportmöglichkeiten und sonstigen Freizeitbeschäftigungen;
- c) die Gesundheit der Küstenbevölkerung;
- d) die Erhaltung der lebenden Schätze.

Artikel 3

Die Vertragsparteien bemühen sich, einzeln oder in bilateraler oder multilateraler Zusammenarbeit ihre Notstandspläne und ihre Mittel zur Bekämpfung der Meeresverschmutzung durch Öl und andere Schadstoffe zu erhalten und zu erweitern. Diese Mittel umfassen insbesondere die für Einsätze in Notfällen erforderlichen Ausrüstungen, Schiffe, Luftfahrzeuge und das entsprechende Personal.

Artikel 4

Die Vertragsparteien entwickeln und verwirklichen einzeln oder in bilateraler oder multilateraler Zusammenarbeit eine aktive Überwachung des Mittelmeergebiets, um eine möglichst genaue Kenntnis der Tatbestände des Artikels 1 zu erlangen.

Artikel 5

Für den Fall, daß Schadstoffe in Behältnissen, Frachtbehältern, beweglichen Tanks oder in Tankfahrzeugen (Straße oder Schiene) absichtlich oder unabsichtlich in das Meer gelangen, verpflichten sich die Vertragsparteien, soweit wie möglich bei ihrer Bergung und Wiedererlangung zusammenzuarbeiten, um die Gefahren der Meeresverschmutzung zu verringern.

Artikel 6

(1) Jede Vertragspartei verpflichtet sich, die anderen Vertragsparteien über folgendes zu unterrichten:

- a) die für die Bekämpfung der Meeresverschmutzung durch Öl und andere Schadstoffe zuständige nationale Organisation oder zuständigen nationalen Behörden;
- b) die zuständigen nationalen Behörden, die Mitteilungen über Meeresverschmutzung durch Öl und andere Schadstoffe erhalten sollen und die Angelegenheiten des Beistands zwischen den Parteien behandeln;
- c) neue Verfahren auf dem Gebiet der Verhütung der Meeresverschmutzung durch Öl und andere Schadstoffe, neue Verfahren zur Bekämpfung der Verschmutzung und die Entwicklung einschlägiger Forschungsprogramme.

(2) Vertragsparteien, die vereinbart haben, einander unmittelbar zu unterrichten, sind jedoch gehalten, die Informationen der regionalen Zentralstelle mitzuteilen. Diese Stelle sorgt für Mitteilung an die übrigen Vertragsparteien und, vorbehaltlich Gegenseitigkeit, an die Anliegerstaaten des Mittelmeergebiets, die nicht Vertragsparteien dieses Protokolls sind.

Artikel 7

Die Vertragsparteien verpflichten sich, den Einsatz der ihnen zur Verfügung stehenden Kommunikationsmittel zu koordinieren, um den Eingang, die Übermittlung und die Verbreitung aller Berichte und dringenden Informationen über die Tatbestände und Situationen des Artikels 1 mit der erforderlichen Zuverlässigkeit und Schnelligkeit zu gewährleisten. Die regionale Zentralstelle wird mit den Kommunikationsmitteln ausgestattet, die es ihr ermöglichen, sich an diesen koordinierten Bemühungen zu beteiligen und namentlich die ihr in Artikel 10 Absatz 2 übertragene Aufgabe zu erfüllen.

Artikel 8

(1) Jede Vertragspartei weist die Kapitäne von Schiffen, die unter ihrer Flagge fahren, und die Piloten von auf ihrem Hoheitsgebiet eingetragenen Luftfahrzeugen an, einer Vertragspartei oder der regionalen Zentralstelle auf dem angesichts der Umstände schnellsten und angemessensten Wege folgendes gemäß der Anlage mitzuteilen:

- a) alle Unfälle, die eine Verschmutzung der Meeresgewässer durch Öl oder andere Schadstoffe verursachen oder verursachen können;

- b) Auftreten, Merkmale und Umfang von Ölschichten oder Schichten anderer Schadstoffe, die auf dem Meer entdeckt werden und die eine ernste und unmittelbare Bedrohung der Meeresumwelt, der Küsten oder der damit zusammenhängenden Interessen einer oder mehrerer Vertragsparteien darstellen können.

(2) Die gemäß Absatz 1 erlangten Informationen werden den übrigen Vertragsparteien, die ebenfalls von der Verschmutzung betroffen werden können, mitgeteilt, und zwar

- a) durch die Vertragspartei, die diese Informationen erhalten hat, entweder unmittelbar oder, vorzugsweise, durch Vermittlung der regionalen Zentralstelle; oder
- b) durch die regionale Zentralstelle.

Im Falle einer unmittelbaren Mitteilung zwischen Vertragsparteien wird die regionale Zentralstelle über die von diesen Parteien ergriffenen Maßnahmen unterrichtet.

(3) Zuzufolge der Anwendung von Absatz 2 ist die in Artikel 9 Absatz 2 des Übereinkommens vorgesehene Verpflichtung für die Vertragsparteien nicht bindend.

Artikel 9

(1) Jede Vertragspartei, die sich einer Situation wie der in Artikel 1 beschriebenen gegenüber sieht, verfährt wie folgt:

- a) sie führt die erforderlichen Bewertungen der Art und des Umfangs des Unfalles oder der Situation durch, für die Notstandsmaßnahmen erforderlich sind, oder gegebenenfalls der Art und der ungefähren Menge des Öls oder der anderen Schadstoffe sowie der Richtung und der Geschwindigkeit von abdriftenden Schichten;
- b) sie ergreift alle Maßnahmen, mit denen die Auswirkungen der Verschmutzung beseitigt oder verringert werden können;
- c) sie unterrichtet die übrigen Vertragsparteien entweder unmittelbar oder durch Vermittlung der regionalen Zentralstelle von diesen Bewertungen und von allen Aktionen, die sie zur Bekämpfung der Verschmutzung unternommen hat oder vorsieht;
- d) sie beobachtet die Situation so lange wie möglich weiter und erstattet gemäß Artikel 8 Bericht.

(2) Im Falle einer Aktion zur Bekämpfung einer von einem Schiff herrührenden Verschmutzung müssen alle möglichen Maßnahmen ergriffen werden, um die an Bord befindlichen Personen und soweit wie möglich das Schiff selbst zu schützen. Jede Vertragspartei, die eine solche Aktion unternimmt, muß die Zwischenstaatliche

Beratende Seeschiffahrtsorganisation hierüber unterrichten.

Artikel 10

(1) Jede Vertragspartei, die für ein Vorhaben zur Bekämpfung der Verschmutzung durch Öl oder andere Schadstoffe, die ihre Küsten verschmutzen oder zu verschmutzen drohen, der Unterstützung bedarf, kann darum andere Vertragsparteien entweder unmittelbar oder durch Vermittlung der in Artikel 6 genannten regionalen Zentralstelle ersuchen, und zwar zunächst diejenigen Vertragsparteien, die ebenfalls von der Verschmutzung betroffen werden können. Diese Unterstützung kann insbesondere in Ratschlägen von Fachleuten und in der Lieferung oder Zurverfügungstellung von Erzeugnissen, Ausrüstung und nautischen Hilfsmitteln bestehen. Die ersuchten Vertragsparteien bemühen sich nach besten Kräften, ihre Unterstützung zu leisten.

(2) Sofern die bei einem Vorhaben tätigen Vertragsparteien sich nicht über die eigentliche Durchführung der Bekämpfung verständigen können, kann die regionale Zentralstelle mit Zustimmung dieser Parteien die von diesen eingesetzten Mittel koordinieren.

Artikel 11

Die Anwendung der die regionale Zentralstelle betreffenden Bestimmungen der Artikel 6, 7, 8, 9 und 10 wird im Bedarfsfalle auf etwa geschaffene unterregionale Zentralstellen ausgedehnt, wobei deren Ziele und Aufgaben sowie die Beziehung zur regionalen Zentralstelle berücksichtigt werden.

Zu Urkund dessen haben die hierzu von ihren Regierungen gehörig befugten Unterzeichneten dieses Protokoll unterschrieben.

Geschehen zu Barcelona am 16. Februar 1976 in einer Urschrift in arabischer, englischer, französischer und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Artikel 12

(1) Die Vertragsparteien dieses Protokolls halten gleichzeitig mit den ordentlichen Sitzungen der Vertragsparteien des Übereinkommens nach dessen Artikel 14 ordentliche Sitzungen ab. Die Vertragsparteien dieses Protokolls können auch außerordentliche Sitzungen nach Artikel 14 des Übereinkommens abhalten.

(2) Zweck der Sitzungen der Vertragsparteien dieses Protokolls ist es insbesondere,

- a) die Durchführung dieses Protokolls zu überwachen und die Wirksamkeit der getroffenen Maßnahmen sowie die Zweckdienlichkeit weiterer Maßnahmen, insbesondere in Form von Anlagen, zu prüfen;
- b) Anlagen zum vorliegenden Protokoll gegebenenfalls zu überprüfen und zu ändern;
- c) alle sonstigen zur Durchführung dieses Protokolls etwa erforderlichen Aufgaben wahrzunehmen.

Artikel 13

(1) Die Bestimmungen des Übereinkommens, die sich auf Protokolle beziehen, finden auf das vorliegende Protokoll Anwendung.

(2) Die Geschäftsordnung und die Finanzvorschriften, die nach Artikel 18 des Übereinkommens angenommen worden sind, finden auf das vorliegende Protokoll Anwendung, sofern nicht die Vertragsparteien dieses Protokolls etwas anderes vereinbaren.

ANLAGE

Inhalt des Berichts nach Artikel 8

1. Jeder Bericht enthält nach Möglichkeit im allgemeinen:
 - a) die Identifizierung der Verschmutzungsquelle (gegebenenfalls Identität des Schiffes);
 - b) den geographischen Standort, die Stunde und den Tag des Zwischenfalls oder der Beobachtung;
 - c) Wind- und Seeverhältnisse in dem betreffenden Gebiet und,
 - d) sofern die Verschmutzung von einem Schiff herrührt, die einschlägigen Einzelheiten über den Zustand des Schiffes.
 2. Jeder Bericht enthält nach Möglichkeit im besonderen:
 - a) ausführliche Angaben über die Art der betreffenden Schadstoffe, einschließlich ihrer genauen technischen Bezeichnung (die Handelsbezeichnung darf nicht anstelle der genauen technischen Bezeichnung verwendet werden);
 - b) die genaue oder ungefähre Menge, die Konzentration sowie den voraussichtlichen Zustand der Schadstoffe, die ins Meer abgeleitet worden sind oder abgeleitet werden können;
 - c) gegebenenfalls Beschreibung der Verpackung und der Identifizierungskennzeichnungen und
 - d) Namen des Versenders, des Empfängers oder des Herstellers.
 3. In jedem Bericht wird nach Möglichkeit klar angegeben, ob es sich bei dem abgeleiteten oder gegebenenfalls abzuleitenden Schadstoff um einen Kohlenwasserstoff handelt oder um einen schädlichen Stoff in flüssigem, festem oder gasförmigem Zustand und ob dieser Stoff lose oder in Behältnissen, Frachtbehältern, beweglichen Tanks oder in Tankfahrzeugen (Straße oder Schiene) transportiert wurde oder wird.
 4. Jeder Bericht ist gegebenenfalls durch weitere einschlägige Angaben zu ergänzen, die von einer der Personen angefordert werden, an welche der Bericht gerichtet ist, oder die der Verfasser des Berichtes für angemessen hält.
 5. Jede Person nach Artikel 8 Absatz 1 muß
 - a) den ursprünglichen Bericht gegebenenfalls so weit wie möglich durch Angaben über die Entwicklung der Situation ergänzen und
 - b) so weit wie möglich den Ersuchen der betroffenen Staaten um zusätzliche Auskünfte nachkommen.
-

EURONORMEN

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften (EGKS) hat weitere EURONORMEN in deutscher, englischer, französischer, italienischer und niederländischer Sprache veröffentlicht. Die in englischer Sprache verfügbaren EURONORMEN sind mit einem (*) gekennzeichnet. Die angegebenen Preise gelten ab 1. Juli 1976.

			<i>Preis in DM</i>
Mitteilung Nr. 3		Vergleichszahlen für Härtewerte bei Stahl	10,—
(*) EURONORM	2-80	Zugversuch an Stahl (2. Ausgabe)	10,—
(*) EURONORM	11-80	Zugversuch an Stahlblechen und -bändern mit Dicken unter 3 mm (2. Ausgabe)	4,90
(*) EURONORM	54-80	Warmgewalzter kleiner U-Stahl (2. Ausgabe)	3,10
(*) EURONORM	55-80	Warmgewalzter gleichschenkliger rundkantiger T-Stahl (2. Ausgabe)	3,10
(*) EURONORM	65-80	Warmgewalzter Rundstahl für Schrauben und Niete (2. Ausgabe)	3,10
(*) EURONORM	109-80	Vereinbarte Härteprüfverfahren nach Rockwell HRN und HRT Rockwell-Härteprüfverfahren HRBm und HR 30 Tm für dünne Erzeugnisse (2. Ausgabe)	7,40
(*) EURONORM	146-80	Weißblech und Feinstblech in Rollen für das Schneiden zu Tafeln — Sorten, Maße und zulässige Abweichungen	12,50
(*) EURONORM	149-80	Flachzeug aus Stählen mit hoher Streckgrenze für Kaltumformung — Breitflachstahl, Blech und Band	10,—
(*) EURONORM	155-80	Wetterfeste Stähle — Gütenorm	10,—

Nachstehend ist die Liste aller bisher erschienenen EURONORMEN aufgeführt:

(*) Mitteilung Nr. 1	Analysenkontrollproben für die chemischen Analysen der Eisen- und Stahlerzeugnisse, 2. Auflage (1974)	8,10
EURONORM 1-55	Roheisen und Ferrolegierungen	7,40
EURONORM 2-57	Zugversuch an Stahl	4,80
(*) EURONORM 3-79	Härteprüfung nach Brinell für Stahl — 2. Ausgabe	5,—
(*) EURONORM 4-79	Härteprüfung nach Rockwell für Stahl (Verfahren A — C — B — F) — 2. Ausgabe	5,—
(*) EURONORM 5-79	Härteprüfung nach Vickers für Stahl — 2. Ausgabe	5,—
EURONORM 6-55	Faltversuch für Stahl	3,40
EURONORM 7-55	Kerbschlagbiegeversuch nach Charpy	3,40
EURONORM 8-55	Vergleichszahlen für Härtewerte und Zugfestigkeit bei Stahl	3,40
EURONORM 9-55	Vergleichszahlen für Bruchdehnungswerte bei Stahl	3,40
EURONORM 11-55	Zugversuch an Stahlblechen und -bändern mit einer Dicke von 0,5 bis 3 mm ausschließlich	4,10
EURONORM 12-55	Faltversuch an Stahlblechen und -bändern mit einer Dicke unter 3 mm	3,40
EURONORM 13-55	Hin- und Herbiegeversuch an Stahlblechen und -bändern mit einer Dicke unter 3 mm	3,40
EURONORM 14-67	Einbeulversuch mit fest eingespannter Probe	3,40
EURONORM 15-70	Walzdraht aus üblichen unlegierten Stählen zum Ziehen — Prüfung der Oberfläche	3,40
EURONORM 16-70	Walzdraht aus üblichen unlegierten Stählen zum Ziehen — Sorteneinteilung und Gütevorschriften	4,10
EURONORM 17-70	Walzdraht aus üblichen unlegierten Stählen zum Ziehen — Maße und zulässige Abweichungen	8,80
(*) EURONORM 18-79	Entnahme und Vorbereitung von Probenabschnitten und Proben aus Stahl und Stahlerzeugnissen — 2. Ausgabe	7,60
EURONORM 19-57	IPE-Träger — I-Träger mit parallelen Flanschflächen	3,40
(*) EURONORM 20-74	Begriffsbestimmung und Einteilung der Stahlsorten, 2. Auflage	4,80
(*) EURONORM 21-78	Allgemeine technische Lieferbedingungen für Stahl und Stahlerzeugnisse — 2. Ausgabe	6,40
EURONORM 22-70	Ermittlung und Nachweis der Streckgrenze von Stahl bei höherer Temperatur	4,10
EURONORM 23-71	Prüfung der Härbarkeit von Stahl mit dem Stirnabschreckversuch (Jominy-Versuch)	7,40
EURONORM 24-62	Schmale I-Träger, U-Stahl — Zulässige Abweichungen	3,40
EURONORM 25-72	Allgemeine Baustähle — Gütevorschriften	10,20
(*) EURONORM 27-74	Kurzbenennung von Stählen, 3. Auflage	6,80
EURONORM 28-69	Stahlblech und Stahlband aus unlegierten Stählen für Druckbehälter — Gütevorschriften	6,80
EURONORM 29-69	Warmgewalztes Stahlblech von 3 mm Dicke an — Zulässige Maß-, Gewichts- und Formabweichungen	4,80
EURONORM 30-69	Halbzeug zum Schmieden aus allgemeinen Baustählen — Gütevorschriften	5,40
EURONORM 31-69	Halbzeug zum Freiformschmieden — Zulässige Maß-, Form- und Gewichtsabweichungen	3,40
EURONORM 33-70	Blech und Breitband unter 3 mm Dicke aus weichen unlegierten Stählen für Kaltumformung — Zulässige Maß- und Formabweichungen	4,10
EURONORM 34-62	Warmgewalzte breite I-Träger (I-Breitflanschträger) mit parallelen Flanschflächen — Zulässige Abweichungen	3,40
EURONORM 36-62	Chemische Analyse der Eisen- und Stahlwerkstoffe — Ermittlung des Gesamtkohlenstoffgehalts von Stahl und Roheisen — Gewichtsanalytische Ermittlung nach Verbrennung im Sauerstoffstrom	3,40
EURONORM 37-62	Chemische Analyse der Eisen- und Stahlwerkstoffe — Ermittlung des Gesamtkohlenstoffgehalts von Stahl und Roheisen — Gasvolumetrische Ermittlung nach Verbrennung im Sauerstoffstrom	4,10
EURONORM 38-62	Chemische Analyse der Eisen- und Stahlwerkstoffe — Ermittlung des Temperkohle- und Graphitgehalts von Stahl und Roheisen — Gewichtsanalytische und gasvolumetrische Ermittlung nach Verbrennung im Sauerstoffstrom	3,40
EURONORM 40-62	Chemische Analyse der Eisen- und Stahlwerkstoffe — Ermittlung des Gesamtsiliziumgehalts von Stahl und Roheisen — Gewichtsanalytisches Verfahren	3,40
EURONORM 41-65	Chemische Analyse von Eisen und Stahl — Ermittlung des Phosphorgehalts von Stahl und Roheisen — Alkalimetrisches Verfahren	3,40
EURONORM 42-66	Chemische Analyse von Eisen und Stahl — Ermittlung des Schwefelgehalts von Stahl und Roheisen — Maßanalytisches Verfahren nach Verbrennung im Sauerstoffstrom	4,10
EURONORM 43-72	Blech und Band aus legierten Stählen für Druckbehälter — Gütevorschriften	6,10
EURONORM 44-63	Warmgewalzte mittelbreite I-Träger — IPE-Reihe — Zulässige Abweichungen	3,40
EURONORM 45-63	Kerbschlagbiegeversuch an einer beidseitig aufliegenden Spitzkerbprobe	3,40
EURONORM 46-68	Warmband aus weichen unlegierten Stählen — Gütevorschriften — Allgemeine Vorschriften	6,10
EURONORM 48-65	Warmband aus unlegierten Stählen — Zulässige Maß-, Form- und Gewichtsabweichungen	3,40
EURONORM 49-72	Rauheitsmessungen an kaltgewalztem Flachzeug aus Stahl ohne Überzug	3,40
EURONORM 50-72	Chemische Analyse von Roheisen und Stahl — Ermittlung des Stickstoffgehalts von Stahl — Photometrisches Verfahren	4,80
EURONORM 51-70	Warmband von 600 mm Breite an aus unlegierten Stählen — Zulässige Maß-, Form- und Gewichtsabweichungen	3,40
EURONORM 52-67	Fachausdrücke der Wärmebehandlung	45,30
EURONORM 53-62	Warmgewalzte breite I-Träger (I-Breitflanschträger) mit parallelen Flanschflächen	3,40
EURONORM 54-63	Warmgewalzter kleiner U-Stahl	3,40
EURONORM 55-63	Warmgewalzter gleichschenkliger rundkantiger T-Stahl	3,40

(*)	EURONORM	56-77	Warmgewalzter gleichschenkliger rundkantiger Winkelstahl — 2. Ausgabe	3,40
(*)	EURONORM	57-78	Warmgewalzter ungleichschenkliger rundkantiger Winkelstahl — 2. Ausgabe	3,20
(*)	EURONORM	58-78	Warmgewalzter Flachstahl für allgemeine Verwendung — 2. Ausgabe	3,20
(*)	EURONORM	59-78	Warmgewalzter Vierkantstahl für allgemeine Verwendung — 2. Ausgabe	3,20
(*)	EURONORM	60-77	Warmgewalzter Rundstahl für allgemeine Verwendung — 2. Ausgabe	3,40
	EURONORM	61-71	Warmgewalzter Sechskantstahl	3,40
	EURONORM	65-67	Warmgewalzter Rundstahl für Schrauben und Niete	3,40
	EURONORM	66-67	Warmgewalzter Halbrundstahl und Flachhalbrundstahl	3,40
(*)	EURONORM	67-78	Warmgewalzter Wulstflachstahl — 2. Ausgabe	3,20
	EURONORM	70-71	Chemische Analyse von Roheisen und Stahl — Ermittlung des Mangangehalts von Stahl und Roheisen — Photometrisches Verfahren	3,40
	EURONORM	71-71	Chemische Analyse von Roheisen und Stahl — Ermittlung des Mangangehalts von Stahl und Roheisen — Elektrometrisches Verfahren	3,40
	EURONORM	72-71	Chemische Analyse von Roheisen und Stahl — Ermittlung des Aluminiumgehalts von Stahl — Gewichtsanalytisches Verfahren	3,40
	EURONORM	74-72	Chemische Analyse von Roheisen und Stahl — Ermittlung des Kupfergehalts von Stahl und Roheisen — Photometrisches Verfahren	3,40
(*)	EURONORM	75-78	Chemische Analyse von Eisen- und Stahlwerkstoffen — Molybdänbestimmung in Stahl und Roheisen — Photometrisches Verfahren	3,20
	EURONORM	76-66	Chemische Analyse von Eisen und Stahl — Ermittlung des Siliziumgehalts von Stahl und Roheisen — Spektralphotometrisches Verfahren	3,40
	EURONORM	79-69	Benennung und Einteilung von Stahlerzeugnissen nach Formen und Abmessungen	4,80
	EURONORM	80-69	Betonstahl für nicht vorgespannte Bewehrung — Gütevorschriften	6,10
	EURONORM	81-69	Warmgewalzter glatter runder Betonstahl — Maße, Gewichte, zulässige Abweichungen	3,40
(*)	EURONORM	82-79	Betonstahl mit verbesserter Verbundwirkung — Maße, Gewichte, zulässige Abweichungen — Allgemeine Anforderungen (Blatt 1 bis Blatt 2)	6,40
	EURONORM	83-70	Vergütungsstähle — Gütevorschriften	14,80
	EURONORM	84-70	Einsatzstähle — Gütevorschriften	12,00
	EURONORM	85-70	Nitrierstähle — Gütevorschriften	5,40
	EURONORM	86-70	Stähle für Flamm- und Induktionshärtung — Gütevorschriften	9,50
	EURONORM	87-70	Automatenstähle — Gütevorschriften (Blatt 1 bis Blatt 4)	12,00
	EURONORM	88-71	Nichtrostende Stähle — Gütevorschriften	10,20
	EURONORM	89-71	Legierte Stähle für warmgeformte vergütbare Federn — Gütevorschriften	6,10
	EURONORM	90-71	Stähle für Auslaßventile von Verbrennungskraftmaschinen — Gütevorschriften	4,80
	EURONORM	91-70	Warmgewalzter Breitflachstahl — Zulässige Maß-, Form- und Gewichtsabweichungen	3,40
(*)	EURONORM	92-75	Warmgewalzter Flachstahl für Blattfedern	3,40
	EURONORM	93-71	Warmgewalzter Rund-, Vierkant-, Flach- und Sechskantstahl — Zulässige Abweichungen	3,40
	EURONORM	94-73	Wälzlagerstähle — Gütevorschriften	3,40
(*)	EURONORM	95-79	Hitzebeständige Stähle — Technische Lieferbedingungen	10,30
(*)	EURONORM	96-79	Werkzeugstähle — Technische Lieferbedingungen	15,30
	EURONORM	98-71	Chemische Analyse von Roheisen und Stahl — Ermittlung des Mangangehalts von Ferromangan — Elektrometrisches Verfahren	3,40
	EURONORM	100-72	Chemische Analyse der Eisen- und Stahlwerkstoffe — Ermittlung des Chromgehalts in Stahl und Roheisen — Photometrisches Verfahren	3,40
	EURONORM	103-71	Mikroskopische Ermittlung der Ferrit- oder Austenitkorngröße von Stählen	17,60
	EURONORM	104-70	Ermittlung der Entkohlungstiefe von unlegierten und niedrig legierten Baustählen	3,40
	EURONORM	105-71	Ermittlung der Einsatzhärtungstiefe	3,40
	EURONORM	106-71	Kalt- und warmgewalztes nichtkornorientiertes Elektrolech und -band — Gütevorschriften	9,50
(*)	EURONORM	107-75	Kornorientiertes Elektrolech und -band	13,30
	EURONORM	108-72	Runder Walzdraht aus Stahl für kaltgeformte Schrauben — Maße und zulässige Abweichungen	3,40
	EURONORM	109-72	Vereinbarte Härteprüfverfahren nach Rockwell HRN und HRT — Rockwell-Härteprüfverfahren HRB' und HR 30 T' für dünne Erzeugnisse	6,10
(*)	EURONORM	111-77	Kontinuierlich warmgewalztes Blech und Band ohne Überzug aus weichen unlegierten Stählen für Kaltumformung — Gütevorschriften	3,20
	EURONORM	113-72	Schweißbare Feinkornbaustähle (Blatt 1 bis Blatt 3)	12,00
	EURONORM	114-72	Ermittlung der Beständigkeit nichtrostender austenitischer Stähle gegen interkristalline Korrosion — Korrosionsversuch in Schwefelsäure-Kupfersulfatlösung (Prüfung nach Monypenny-Strauss)	3,40
	EURONORM	116-72	Ermittlung der Einhärtungstiefe oberflächengehärteter Teile	3,40
(*)	EURONORM	117-75	Kalibrierung von Härtevergleichsplatten für die Untersuchung von Härteprüfgeräten nach Rockwell (Verfahren B, C, N und T)	10,10
(*)	EURONORM	118-75	Verfahren zur Ermittlung der magnetischen Eigenschaften von Elektrolech und -band in 25-cm-Epsteinrahmen	9,50
	EURONORM	119-74	Kaltstauch- und Kaltfließpreßstähle (Blatt 1 bis Blatt 5) — Gütevorschriften	24,00
	EURONORM	120-72	Blech und Band aus Stahl für geschweißte Gasflaschen	3,40

EURONORM 121-72	Ermittlung der Beständigkeit nichtrostender austenitischer Stähle gegen interkristallinen Angriff — Korrosionsversuch in Salpetersäure durch Messung des Massenverlustes (Prüfung nach Huey)	3,40
(*) EURONORM 122-75	Untersuchung von Härteprüfgeräten mit Eindringtiefen-Meßeinrichtung (Härteprüfung nach Rockwell, Verfahren B, C, N und T)	10,10
(*) EURONORM 123-75	Versuche bei hoher Temperatur — Zeitstandversuch an Stahl	6,80
(*) EURONORM 124-77	Untersuchung von Härteprüfgeräten nach Vickers	3,20
(*) EURONORM 125-77	Untersuchung von Härteprüfgeräten nach Brinell	3,40
(*) EURONORM 126-77	Nicht schlußgeglühtes Elektroband für magnetische Kreise	6,40
(*) EURONORM 127-77	Kalibrierung von Härtevergleichsplatten für die Untersuchung von Härteprüfgeräten nach Vickers	3,20
(*) EURONORM 128-77	Kalibrierung von Härtevergleichsplatten für die Untersuchung von Härteprüfgeräten nach Brinell	3,20
(*) EURONORM 129-76	Blech und Band aus nickellegierten Stählen für die Verwendung bei tiefen Temperaturen — Gütevorschriften	10,10
(*) EURONORM 130-77	Kaltgewalztes Flachzeug ohne Überzug aus weichen unlegierten Stählen für Kaltumformung — Gütevorschriften	3,40
(*) EURONORM 131-77	Kaltgewalztes Flachzeug ohne Überzug aus weichen unlegierten Stählen für Kaltumformung — Zulässige Maß- und Formabweichungen	3,40
(*) EURONORM 132-79	Kalt gewalzte Stahlbänder für Federn — Technische Lieferbedingungen	6,40
(*) EURONORM 133-79	Runder Walzdraht aus unlegierten und legierten Stählen zur Herstellung von umhüllten Stabelektroden sowie zum Schutzgas- und Unter-Pulver-Schweißen — Technische Lieferbedingungen	3,80
(*) EURONORM 134-78	Chemische Analyse der Werkstoffe in der Eisen- und Stahlindustrie — Ermittlung des Aluminiumgehalts in unlegierten Stählen — Verfahren durch Atom-Absorptions-Spektrophotometrie	3,20
(*) EURONORM 138-79	Spannstähle	15,—
(*) EURONORM 141-79	Blech und Band aus austenitischen nichtrostenden Stählen zur Verwendung bei tiefen Temperaturen — Technische Lieferbedingungen	10,—
(*) EURONORM 142-79	Kontinuierlich feuerverzinktes Blech und Band aus weichen unlegierten Stählen für Kaltumformung — Technische Lieferbedingungen	7,60
(*) EURONORM 143-79	Kontinuierlich feuerverzinktes Blech und Band aus weichen unlegierten Stählen für Kaltumformung — Zulässige Maß- und Formabweichungen	5,—
(*) EURONORM 144-79	Runder Walzdraht aus nichtrostendem und hitzebeständigem Stahl zur Herstellung von Schweißzusätzen — Technische Lieferbedingungen	3,—
(*) EURONORM 145-78	Weißblech und Feinstblech in Tafeln — Sorten, Maße und zulässige Abweichungen	10,20
(*) EURONORM 147-79	Kontinuierlich feuerverzinktes Blech und Band aus unlegierten Baustählen mit vorgeschriebener Mindest-Streckgrenze — Gütenorm	7,50
(*) EURONORM 148-79	Kontinuierlich feuerverzinktes Blech und Band aus unlegierten Baustählen mit vorgeschriebener Mindest-Streckgrenze — Zulässige Maß- und Formabweichungen	5,—

Ihr Bezug ist für Abnehmer in den Mitgliedsländern durch die nationalen Normungsinstitute möglich, und zwar:

in der Bundesrepublik Deutschland:

Beuth-Verlag GmbH
Burggrafenstraße 4-10, 1 Berlin 30

in Belgien und Luxemburg:

Institut belge de normalisation — IBN —
29, avenue de la Brabançonne, 1040 Bruxelles

in Dänemark:

Dansk Standardiseringsråd
Aurehøjvej 12, DK-2900 Hellerup

in Frankreich:

Association française de normalisation — AFNOR —
Tour Europe, Cedex 7, 92 080 Paris

in Griechenland:

Hellenic Organization for Standardization (ELOT)
Didotou 15, Athen 144/Greece

in Irland:

Institute for Industrial Research and Standards,
Ballymun Road, Dublin 9

in Italien:

Ente Nazionale Italiano di Unificazione — UNI —
Piazza A. Diaz, 2, Milano

in den Niederlanden:

Nederlands Normalisatie-Instituut — NNI —
Kalfjeslaan 2, 2623 AA Delft

im Vereinigten Königreich:

British Standards Institution (BSI), 2 Park Street,
London W1A 2BS

Bezieher aus dritten Ländern werden gebeten, sich an das „Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften“, Postfach 1003, Luxemburg 1, zu wenden.